

Abohmentspreis
Mitte der dritten Ausgabe
Beilage: 10 Pf. - Witten - Rund
mit der Freuden- und Hugenduft
einfach! Preisgeste: 10 Pf.
Kauf: 10 Pf. - Witten
per Post: 10 Pf. - Witten
preis: 10 Pf. - Witten
Gebühren: 10 Pf. - Witten
Büro: 10 Pf. - Witten
10 Pf.

Redaktion
Swingerstraße 21, 2. Et.
Postkarte
mit Nachrichten aus 12 Nr. 1. Klasse.
Telefon: Nr. 8455.

Telegramm-Adresse:
"Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Mr. 276.

Dresden, Donnerstag den 28. November 1907.

18. Jahrg.

Bayrische Politik.

Was schreibt uns aus München?

Die deutschen Einzelsstaaten befinden sich zu Preisen in dem Verhältnisse von Klein- und Mittelunternehmen zu einem übermächtigen Großmonopolisten, der, wenn nicht formell, so doch tatsächlich die schwächeren Konkurrenten aufsaugt. Die reaktionäre Staatsskapitalistische Politik Preußens verfolgt in nachstehendem Maße kein anderes Ziel, als rücksichtslos und zielgerichtet die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Staaten zu hemmen und sie durch ein reiches System von Drohungen und Erpressungen sich selbst zu unterwerfen. Das Deutsche Reich geht den Weg des vorsichtigen Einheitsstaates; die Einzelstaaten werden zu Vorwerken des feudal-monarchistischen preußischen Gutsbetriebs.

Die jüdendeutschen Staaten haben die Gefahr ziemlich gut begriffen, die Regierungen vielleicht noch besser als die burgherlichen Parteien. Man erkannte, daß nur zweierlei Mittel gegeben seien, um der preußischen Verschlingung zu entgehen: demokratische Reformen, welche das Interesse der Massen an der Selbstständigkeit des Landes bewahren, und Stärkung der wirtschaftlichen Produktivkräfte. Beide Bestrebungen hängen unvermeidlich zusammen, bedingen sich einander. Demokratifizierung der Verfassung bedeutet zugleich Stärkung der vornehmlich an der industriellen Entwicklung interessierten proletarischen Massen, und die Industrialisierung ermöglicht allein wirtschaftliche Kraft und Unabhängigkeit. Mit anderen Worten: Die Gefahr der reaktionären Verpreßung Deutschlands wird für die Einzelsstaaten überwunden nur durch die Förderung der Sozialdemokratie, durch eine demokratisierende, sozial entlastende Industriepolitik großer Stils. Auch im engeren bayerischen Brudersstaate Sachsen, dämmt die Anschauung, daß die jüdische Selbstständigkeit auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn die Politik des Landes die unbedeutenden industriellen Kräfte agrarisch-kleinbürgisch und politisch-konservativ abhängt, die produktive Masse des Industrieproletariats durch Aufhaltung des politischen Einflusses gegen die Erfolge des Staates gleichgültig gemacht wird.

Die ersten bayerischen Wahlen unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht haben einen großen Erfolg für die Sozialdemokratie gebracht. Die Zeit ist nicht fern, wo die Sozialdemokratie genau so stark sein wird wie die Industrie in Bayern; ihr Wachstum wird im Verhältnis zunehmen, wie der bayerische Agraraat sich industrialisiert. Der Erfolg der Sozialdemokratie konnte freilich nicht verhindern, daß das Zentrum im Landtag noch wie vor der überwältigende Mehrheit hat. Das bayerische Abgeordnetenhaus ist das ideale Parlement der Welt. Die Liberalen befinden sich unter einer "liberalen" Regierung im Stande der übermächtigen Opposition.

Gewoно eigentlich wie natürlich ist das Verhalten der burgherlichen Parteien zur Sozialdemokratie. Die Liberalen wie das Zentrum haben sich während des bisherigen Verlaufs der parlamentarischen Debatten unablässig gestritten, insbesondere machten die Liberalen in Kulturmampf, voll sehr wichtigen Ergebnissen, die antiflügelige Blockpolitik auch insofern schwerzuführen. Dagegen ließ man die Sozialdemokratie in Ruhe. Das relative Wehrprinzip, das Schwesternschaft nachzuwirken, verfühter geradezu zu Verabredungen zweier Gegner gegen einen dritten. Die sozialdemokratischen Wahlen hatten es in der Hand, die Zusammenlegung der Kämmer sehr wesentlich zu beeinflussen. Darum will es keine Partei mit uns verbünden. Freilich ist die Taktik des Verabredung für die Sozialdemokratie sehr faktivierend. Wir haben keinen Anlaß, durch Zusammengehen mit dem Zentrum seine Mehrheit noch mehr zu stärken. Es erscheint uns aber auch nachzuweislich, die in Bayern längst reaktionär blockierten Liberalen zu unterstellen, die — Agenten des Reaktionstums — alle Sünden des Liberalismus häufen und namentlich in den Gemeinden, wie Nürnberg, mit engstiriger Staatsfürstlichkeit. Gegen die Liberalen erscheint selbst das Zentrum fortwährend.

Dazu ist dieses Zentrum nicht ganz einheitlich. Die inneren Auseinandersetzungen im Zentrum sind für die zukünftige Richtung der bayerischen Politik nicht ohne Bedeutung. Am Eingang der parlamentarischen Verhandlungen stand ein Machtwort des konservativen Flügels unter der Führung des bayerischen Reichsregenten Böckler. Sein Widerstand Heim wurde aus dem einflussreichen Finanzausschuß und dann aus der Parteileitung offiziell rücksichtslos gedrängt. Über Heim dachte nicht an Unterwerfung. Als Organisator und Leiter der blühenden bayerischen Genossenschaften bestätigt er einen starken Anhang, den er gegen das Zentrum aufsetzt. Heim ist etwas wie ein bayerischer Queer, ein bedenkenloser Demagog, der aber außerordentlich befähigt und gewillt zu fruchtbare Arbeit ist. Er ist ein überlänger Paukerdemokrat, agrarisch natürlich, aber nicht im mindesten flexibel. Er wäre der geborene Führer einer agrar-demokratischen Bauernbewegung, die sich von dem ostfälischen Konservatismus löst. Seinen fiktiven Einfall, die ländlichen Dienstboten zu organisieren, hat der Paukerdostor mit der ihm eigenen Energie sofort begonnen zu verwirklichen. Seine Gründung einer Bauernuniversität in Regensburg, die die Bauern von den Kapitänen emanzipieren will und die aus den

Übermülligen der Genossenschaften gespeist wird, muß auch dem Gegner Achtung einlösen.

Ein zweiter Streich des bayerischen Zentrums war die Geltendmachung willkürlicher höflicher Bedingungen bei der Bewährung eines Schriftführerkonvents an die Sozialdemokratie. Es war ein Protest gegen diese unmündigen Zentrumsmuffe, nicht etwa die Meinung, daß man sich durch irgendwelche Formalitäten in der Durchführung parlamentarischer Wahlansprüche hindern ließe, als wir auf den Posten im Directorate verzichteten, ein Amt, das deshalb nicht unwidrig ist, weil der Schriftführer dem Präsidenten gleichgeordnet ist.

Im übrigen macht das Zentrum — die Liberalen jammern darüber sehr sonach — seinen parlamentarischen Einfluß gebietlich geltend. Es hat das Recht, zu herrschen, und es herrscht. Aber es ist klug genug, nicht die lezte Konsequenz zu ziehen, und die Regierung selbst zu übernehmen. Dagegen sträubt es sich mit aller Energie. Seine Lage ist viel bequemer und — einflußreicher, wenn es die liberale Regierung für sich regieren läßt.

Und die Regierung wehrt sich diesem Anspruch nicht. Es ist ein reines Geschäftsministerium, ohne politischen Ehrengeiz, das mit den Parteien des Parlaments die Arbeiten des Landes zu fördern sucht. Es hat kein anderes Programm, als die, freilich niedrig genug gesteckten Ziele einer erprobten liberalen Reformarbeit zu erreichen. Bei dieser Aufgabe nimmt sie die Wirkung aller Parteien an.

Die bayerischen Minister fühlen sich nicht als die göttliche Obrigkeit ihrer parlamentarischen Untertanen. Sie verfehlten auf gleidem Fuß sowohl mit den Abgeordneten und denen nicht daran, etwa die Sozialdemokratie als nicht gleichberechtigte Partei zu behandeln. Die bayerische Fraktion würde sich eine Behandlung, wie sie sich etwa Herr Böckler im Reichstag herausnimmt, nicht gefallen lassen. Aber die Regierung hat auch gar keine Lust, die Sozialdemokratie zu brüskieren. Denn sie hat in ihr den natürlichen Bundesgenossen jeder wirtschaftlichen Entwicklungspolitik, jeder positiven Arbeit erkannt. Zentrum und Liberalen, von den eingeschworenen gewordenen, dem Bund der Landwirte hörigen Bauernbünden zu schwören, sind agrarisch, mittelständisch, kleinbürglich, oder besezen mit privatem Profitinteresse. Die Sozialdemokratie dagegen ist die Heilige aller großen Pläne, die den Staat vorwärts bringt.

Als den bayerischen Eisenbahnaminister bei dem Münchner Streik der Traditionarbeiter, der das Modell eines Generalstreiks bot, und binnen drei Tagen, wie der Minister erschreckt ausrief, in München eine Hungersnot erzeugt hätte, einen Augenblick eine vreaktive Gewissheit idem und Staatsarbeiter als Streikbrecher kommandieren wollte, die belehrten ihn überhaupt eines Fehleren. Der Minister entblößt sich zu der Einsicht, sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen den eigentlichen Störenfried zu wenden, den Schafmutterverbund, der die Annahme der Bahnbediensteten durch Abventionalsstrafe abschafft, die billigen Ansprüche der Arbeiter wider ihren eigenen Willen zu befriedigen. Der Minister verlangte die Lösung dieses Abhängigkeitsverhältnisses der Eisenbahn von der Unternehmerorganisation, und die Forderungen der Arbeiter wurden genehmigt. Bald darauf zog der preußische Eisenbahnaminister eine andere Lehre. Er befahl den Bahnpeditoren, ihre Arbeiter zum Ausschluß aus der Organisation zu zwingen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich durch ihren Arbeitsernst und die Arbeitsfähigkeit eine außerordentlich günstige Position geschaffen. Nicht als ob sie irgendwie Konkurrenz machen, auf die grundjögliche Kritik der Verhältnisse und Personen verzichtete, allein durch ihre Leistungen, durch ihre Fähigkeiten und durch die innere Schaffenskraft des sozialistischen Programms hat sie diese Position gewonnen. Auf allen Arbeiten arbeiten wir mit, in allen Reformen haben wir die geistige und moralische Führung. Zur wichtigsten Ausschüsse führen Sozialdemokraten den Vorsitz.

Die Sozialdemokratie war es auch, die zuerst die gigantische Pläne des Majors v. Donath über die Ausnutzung der Wasserkräfte aufgriff und unterstützte. Der vollen Abweitung durch die Regierung ist verhältnismäßig rasch ein entschlossenes Entgegenkommen gefolgt. Noch die Projekte Donaths halten die Sozialdemokratie für unanfechtbar, die Soche selbst aber will man. Eben hat die Regierung eine große Denkschrift über diese Frage veröffentlicht, die zur wichtigsten bayerischen Angelegenheit geworden ist, ja die auch für die ganze deutsche Politik bedeutende Folgen haben wird.

In absehbarer Zeit wird es Batasse werden, daß Bayern die Kraftzentralen baut, welche den ganzen Verkehr, die ganze bayerische Industrie elektrifiziert. Damit aber sieht sich Bayern die wirtschaftliche Selbstständigkeit gegen Preußen; schon jetzt ist von einer Verpreßung der bayerischen Eisenbahnen — unter dem Schmeichelnamen der Eisenbahnsgemeinschaft — nicht mehr die Rede, so wird immer Liberalen für sie agitieren. Schon jetzt aber arbeitet Preußen gegen die bayerischen Projekte. Es scheint schon in diesem Stadium zu erwarten Konflikte gekommen zu sein, und Preußen hat seine wirtschaftliche Eiferucht — Preußen hat nur einmal keine überdurchschnittliche See — bereits als national-strategische Besorgnis verkleidet.

Wir folgender Vorzugsart betrachtet Preußen diesen Vertrag, sich, sich von der preußischen Vorherrschaft zu emanzipieren. Die bayrischen Wasserkräfte für Preußen zu monopolisieren,

dieses gesetzgeberische Kunststück ist selbst den Berliner Gesetzmachern zu schwierig, die sonst für jede Rechtlosigkeit eine Rechtsformel zu finden wissen. Da kam der rettende Gedanke eines **Elektromonopols für elektrische Kraftwerke**. Was Preußen nun einmal nicht leisten kann, das soll das verunglückte Reich machen. Es besteht nicht der mindste Zweck, daß die Aurogung sich gegen die bayerischen Pläne richtet. Die Sozialdemokratie aber ist eindeutig genug, um Preußen auch über den kleinen Umweg durchs Reich jedes Strommonopol so lange zu verweigern, bis in Preußen die Demokratie herkommt. Die Erweiterung der preußischen Staatssammlung, auch wenn sie die Riedessmase trügt, wäre geradezu ein Verhängnis für die ganze Zukunft Deutschlands. Wie unverhohlen aber das preußische Verlangen ist, erkennst man daran, daß Preußen zwar den Reichtum, weil es nun einmal selbst dazu nicht imstande ist, das elektrische Kraftmonopol sicher möchte, sich aber mit allen Mitteln gegen die einfache und notwendige Konsequenz wehrt, nun auch das preußische Verbrechen den Reichtum zu überlässt. Preußen behält alles, was es hat, und mir, wo es selbst auferstanden ist, anderer etwas zu nehmen, schafft es das Reich nur, das längst nur eine preußische Lastergesellschaft ist.

Die wirtschaftliche Straffung der demokratischen Südstaaten ist eine Hoffnung einer freundlicheren Entwicklung der deutschen Verhältnisse. Und je größer der Einfluß ist, den die Sozialdemokratie auf die Formen hat, unter denen sich diese Industrialisierung vollzieht, um so größer ist der Erfolg für die Modernisierung Deutschlands. Die Anwendung der sozialdemokratischen Fraktion ist die politisch-väterlichkeit Transformierung der technischen Verlebendigung des Wasserdrucks.

Die Wahlrechtsfrage in Preußen.

Das Volk begrüßt den Kleinen Landtag.

In Ergänzung unserer gestrigen telegraphischen Nachrichten wird uns über die Demonstration am Dienstag abend aus Berlin geschrieben:

Im fünfzig Provinzialversammlungen haben die Arbeiter Groß-Berlin am Abend des 26. November den preußischen Landtag begrüßt. Sie haben den angeblichen Volksvertretern ins Gesicht gerufen, daß sie unter der Bevölkerung der Reichs- und Staatsdauerschaft Fremde und unwillkommene Gäste sind, und daß das Volk Reichs dorft brennt, an Stelle dieser Karlsruhe eines Parlaments endlich einmal eine wirtschaftliche Volksvertretung in seinen Mauern zu begründen.

Die Stadt hat in verstärktem Maße das Bild, das wir an den großen Tagen der Berliner Arbeiterschaft zu sehen gewohnt sind. Die Versammlungslokale waren überfüllt und wurden zum großen Teil schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung vorsätzlich geleert. Wieder entwisteten sich die bekannten roten Züge der „Obdachlosen“, die im unverhohlenen Novembermutter von Ostal zu Ostal marschierten in der vergangenen Hoffnung, noch irgendwo Unterstand zu finden. Vor vielen Sälen hattest du Hunderte bis zum Schluß aus, von der Polizei gebildet, um wenigstens ihre Hände auf die Sozialdemokratie und das gleiche Wahlrecht mit denen der bayerisch-badischen Versammlungsteilnehmern zu mischen. Nur in Kiel, wo sich die Straßen nach Schluß der Versammlungen mit wogenden Menschenmassen füllten, entwandelte die Schuhmannsdorf eine übel angebrachte Nervosität und nahm einige Verhaftungen vor.

Zur Kellers Festhalle, im Nordosten, trug Genosse Singer zu einer dreitausendfachigen Versammlung. Er hielt u. a. aus:

Wir werden im Laufe dieser Session alles ausspielen, um es dem Landtag so leicht wie möglich zu machen. Der Kampf wird sich im Laufe der Zeit immer mehr heizen müssen; es wird durchsetzbar werden, sollte es, was es will. Es wird nicht unterlassen werden, jedes Mittel anzuwenden, daß notwendig, brauchbar und eifoloverhebend ist. Wir reden dabei auf den Ton der Offenwilligkeit, der in den Massen der flüssig bewußten Arbeiterschaft ruht.

Wir würden untersetzen, wenn wir ehemaligen bürgerlichen Arbeitersfreunden irgendwelche Schwierigkeiten bereiten wollten. Wollen noch Leute aus dem Kreis des bürgerlichen Liberalismus, in denen noch ein Funken freiheitlichen Empfindens glüht, mit uns kämpfen, so sollen sie uns willkommen sein. Aber wir wollen ihnen nicht eher erlauben, als daß wir sie, daß wir mit ihrer ganzen Verhülltheit in diesen Raum einzutreten werden.

Einen bemerkenswerten Verlauf nahm auch die Versammlung in Wilmersdorf, wo nach einem Referat des Genossen Dürr der bekannte bürgerliche Genosse des Bülowbünds, der Vorsitzende des Wahlvereins der Liberalen Dr. Breitfeld, das Wort ergriff, um die beginnende Massenbewegung der Sozialdemokratie für das gleiche Wahlrecht mit unverhohlerer Gewißenhaft zu begrüßen. Im Geiste des liberalen Angstgeiste-Bünds erklärte Breitfeld, er könne auch darin keinen Alt der gewaltlosen Revolution erblicken, wenn die Arbeiter auf der Straße in geordnetem Gange für die allgemeine Wahlsoberheit demonstrieren wollen. Die Versammlung bewies durch den lobhaften Besuch, den sie diesem Mann aus dem bürgerlichen Lager gewidmet, daß es nicht an der Sozialdemokratie und ihrer Theorie des Massenwahlrechts, sondern am Liberalismus und seiner profunden Klassebewußtsein liegt, wenn es zu einer gemeinsamen Aktion gegen das Dreiklassenwahlrecht nicht kommt. Der laudatorische Besuch, der — im Sinne mit dem Kunterbunt — auch für daß